



Amtsgericht Euskirchen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 04.02.2026, 09:30 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 128, Kölner Str. 40-42, 53879 Euskirchen**

1/2-Miteigentumsanteil an folgendem Grundbesitz:

Grundbuch von Wichterich, Blatt 2201,

BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Wichterich, Flur 17, Flurstück 361, Gebäude- und Freifläche,
Lommersumer Straße, Größe: 399 m²

versteigert werden.

1/2-Miteigentumsanteil an zweigeschossigem Einfamilienhaus mit Garage, nicht
unterkellert, nicht eingebautes Dachgeschoss, Baujahr: 2018

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 23.09.2025
eingetragen worden.

Der Verkehrswert **des gesamten Grundbesitzes** wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG
auf

419.000,00 €

festgesetzt.

Der Wert **des zu versteigernden Miteigentumsanteils** beträgt somit:

209.500,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.